



Niederschrift

16. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion -Videokonferenz

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.04.2021
Sitzungsbeginn:	18:08 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Uwe Adler	SPD	Sitzungsleitung
----------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	
Herr Lars Eichert	CDU	ab 18:40 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Sebastian Olbrich	AfD	
------------------------	-----	--

sachkundige Einwohner

Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bertram Otto	SPD	
Frau Kerstin Sammer	CDU	
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten	
Frau Nina Waskowski	DIE LINKE	

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3	
---------------------	--------------------	--

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Mundt	Seniorenbeirat	
------------------	----------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Helmar Wobeto	AfD	entschuldigt
--------------------	-----	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Frau Jala El Jazairi	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen	entschuldigt

Gäste:

Herr Jörn-Michael Westphal	ProPotsdam GmbH
Frau Dr. Tina Denninger	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Magdolna Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Katja Fisch	Bereich Soziale Wohnhilfen
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.03.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung
Vorlage: 20/SVV/1215
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD
- Wiedervorlage -
- 4.2 Mieterhöhungsmoratorium in der Coronakrise
Vorlage: 20/SVV/1365
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bestandsaufnahme zur Umsetzung des Integrationskonzeptes
- 5.2 Bericht über die Winterhilfe für Obdachlose
- 5.3 Berichterstattung zu den Vertragsverhandlungen zwischen LHP und Frühförderanbietern
- 5.4 Bericht zur Umsetzung des BTHG

5.5 Information zu den Ausführungsbestimmungen zur Zweckentfremdungsverbotssatzung

6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.03.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler teilt mit, dass aufgrund der aktuellen Pandemielage die Durchführung der Ausschusssitzung als Videokonferenz notwendig ist.

Im Sitzungssaal sind Herr Adler, Frau Meier und Frau Spyra anwesend, alle anderen Sitzungsteilnehmer sind per Video zugeschaltet.

Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 23.03.2021 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Adler um Abstimmung über die Tagesordnung. Er schlägt vor, den TOP 4.1 „Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung“ – DS 20/SVV/1215 zu vertagen, da es dazu einen Termin zur Verständigung am 26.04.2021 gibt.

Des Weiteren schlägt er vor, den TOP 4.2 „Mietenerhöhungsmoratorium in der Coronakrise“ vor TOP 3 „Berichte der Beiräte“ vorzuziehen, da zum TOP 4.2 die Teilnahme von Herrn Westphal (ProPotsdam GmbH) erforderlich ist und Herr Westphal einen Anschlusstermin hat.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Herr Mundt informiert, dass der Seniorenbeirat regelmäßig digital getagt hat. Er gibt einen kurzen Bericht über die Themen, mit denen sich der Beirat befasst hat. Herr Mundt verweist auf die Briefaktion in Zusammenarbeit mit der

Landeshauptstadt Potsdam und der Polizei, in dem auf den Enkeltrick und andere kriminelle Machenschaften hingewiesen wurde. Diese ist sehr gut bei der älteren Bevölkerung angekommen.

Er berichtet über das Feedback von älteren Menschen, dass sich die Anmeldung zur Corona-Impfung deutlich verbessert hat. Bei Verschiebung von Zweitterminen gibt es Probleme, die nochmal kommuniziert werden sollten.

Herr Adler informiert, dass die Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinderung entschuldigt sind und es deshalb auch keinen Bericht gibt.

Er schlägt vor, den Bericht des Migrantenbeirates abzufordern und dem Protokoll als Anlage beizufügen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung

Vorlage: 20/SVV/1215

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird vertagt.

zu 4.2 Mietenerhöhungsmoratorium in der Coronakrise

Vorlage: 20/SVV/1365

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Auf Nachfrage erklärt Herr Westphal (ProPotsdam GmbH), dass bisher nicht bekannt ist, wie die zukünftigen Regelungen zur Eindämmung der Coronakrise aussehen. Es sollte genauer definiert werden, was konkret gemeint ist. Er weist auch darauf hin, dass bereits jetzt keine Mieterhöhungen ausgesprochen werden. Wenn Mieter während der Coronakrise wirtschaftliche Probleme durch Einnahmeausfälle haben, wird in Einzelfälle auch die Mieterhöhung zurückgenommen.

Frau Vandre würde sich wünschen, dass sich die ProPotsdam die Zielmarke setzt, auf Mieterhöhungen zu verzichten, solange die Potsdamer durch die aktuelle Situation Einnahmeverluste haben.

Herr Westphal betont, dass bisher bereits grundsätzlich die Einzelfallprüfung vorgenommen wurde. Es gab dann entsprechend der jeweiligen Situation eine individuelle Regelung.

Herr Heuer macht deutlich, dass es keine validen Werte dafür gibt, dass alle Mieter der ProPotsdam von Einnahmeverlusten betroffen sind. Nach aktuellem Stand kann es aus seiner Sicht nur eine Einzelfallprüfung geben.

Herr Heuer bringt folgenden **Änderungsantrag** ein.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des städtischen Wohnungsunternehmens ProPotsdam zu vereinbaren, dass, bis zum Auslaufen der Gültigkeit der Eindämmungsverordnungen im Zusammenhang mit der SarsCov2- Pandemie keine weiteren Mieterhöhungen ohne Einzelprüfung zur Vermeidung von unbilligen Härten wirksam werden.

Der Hauptausschuss soll am 09.06.2021 über den Sachstand informiert werden.

Herr Westphal erklärt, dass nach Auslaufen der Eindämmungsverordnung wieder Mieterhöhungen umgesetzt werden. Wenn dann ein Mieter auf die ProPotsdam zugeht, wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) verweist darauf, dass es auch von Seiten der Landeshauptstadt Potsdam Unterstützungsmöglichkeiten wie z.B. Wohngeld oder Leistungen nach SGB II oder XII gibt, die greifen können.

Herr Westphal erklärt auf Nachfrage, dass Mietanpassungen versendet und auch erklärt werden. Wenn sich daraufhin Mieten meldet und erklären, dass die Erhöhung nicht geleistet werden kann, wird der Einzelfall geprüft und die entsprechende Hilfe gewährt.

Frau Vandre bittet darum, dass bei der Abstimmung über die neue Fassung des Antrages zuerst über die Passus ... **ohne Einzelprüfung zur Vermeidung von unbilligen Härten** ... abgestimmt wird.

Frau Tietz plädiert für die Abstimmung über den Ursprungsantrag, da der Änderungsantrag bereits umgesetzt wird.

Herr Eichert kann aufgrund technischer Probleme erst jetzt an der Sitzung teilnehmen. Aus diesem Grund wird für Herrn Eichert eine kurze Zusammenfassung der bisherigen Diskussion gegeben.

Auf Nachfrage erklärt Herr Heuer, dass ein Votum des GSWI-Ausschusses benötigt wird und deshalb auch eine Abstimmung zur Drucksache erfolgen sollte.

Frau Tietz erklärt nochmals, dass der Ursprungsantrag aufrechterhalten wird und begründet dies.

Frau Vandre teilt die Ansicht von Frau Tietz, dass keine weiteren Mieterhöhungen durch die ProPotsdam vorgenommen werden sollten, solange die Pandemie anhält.

Herr Eichert erinnert an die Aussage von Frau Meier dazu in der letzten Sitzung. Er wirbt dafür, sich Gedanken zu machen, wie zielgerichtet denjenigen geholfen werden kann, die Hilfe benötigen. Die Gelder sollten zielgerichtet dort eingesetzt werden, wo sie dringend benötigt werden.

Frau Schulze erklärt, dass die geänderte Fassung mehrheitlich durch die Kooperation getragen wird.

Herr Jekel schlägt vor, dass es im September oder Oktober eine Prüfung geben sollte, nicht nur einen Bericht.

Herr Fröhlich schlägt vor, im Oktober einen Rückblick zu geben.

Frau Meier schlägt vor, in der Sitzung des GSWI-Ausschusses am 05.10.2021 zu berichten und dann weiter zu entscheiden.

Herr Eichert betont, dass er die Idee des Antrages als solche befürworten könne. Grundsätzlich müssen aber Mieterhöhungen stattfinden können.

Frau Meier macht deutlich, dass sich ein Mieter bei Erhalt einer Mieterhöhung an die ProPotsdam bzw. an die Verwaltung wenden kann. Hier werden dann im Rahmen einer Einzelfallentscheidung die entsprechenden Hilfen gewährt.

Herr Westphal bittet im Änderungsantrag „aussprechen“ durch „wirksam“ zu ersetzen.

Herr Olbrich stimmt Herrn Eichert zu. Es ist immer im Einzelfall zu prüfen, da es auch Menschen gibt, denen es jetzt finanziell besser geht. Hier kann durchaus die Miete angemessen erhöht werden. Diese Möglichkeit wird mit dem Ursprungsantrag genommen.

Herr Eichert schlägt folgende Ergänzung der neuen Fassung des Antrages vor: ... bei Widerspruch des Mieters und Einzelfallprüfung die Mieterhöhung zu einer unbilligen Härte führen würde...

Frau Meier empfiehlt folgende Formulierung: Hierbei hat der Mieter aktiv auf die ProPotsdam zur Überprüfung der Mieterhöhung zuzugehen.
Berichterstattung im GSWI-Ausschuss am 05.10.2021.

Herr Eichert übernimmt den Vorschlag von Frau Meier.

Nach einer kurzen Verständigung einigen sich die Ausschussmitglieder auf folgende Formulierung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des städtischen Wohnungsunternehmens ProPotsdam zu vereinbaren, dass, bis zum Auslaufen der Gültigkeit der Eindämmungsverordnungen im Zusammenhang mit der SarsCov2- Pandemie keine weiteren Mieterhöhungen ohne Einzelprüfung zur Vermeidung von unbilligen Härten wirksam werden. Hierbei hat der Mieter aktiv auf die ProPotsdam zur Überprüfung der Mieterhöhung zuzugehen.
Der Hauptausschuss soll am 09.06.2021 über den Sachstand informiert werden.
Berichterstattung im GSWI-Ausschuss am 05.10.2021.

Herr Adler weist darauf hin, dass die Abstimmung durch namentliches Aufrufen der einzelnen stimmberechtigten Ausschussmitglieder und Abfragen des jeweiligen Votums durch den Ausschussvorsitzenden erfolgt.
Anschließend stellt er zunächst folgende Ergänzung zur Abstimmung:
... **ohne Einzelprüfung zur Vermeidung von unbilligen Härten** ...

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 2 Ablehnung mehrheitlich **angenommen**.

Anschließend bittet der Ausschussvorsitzende um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des städtischen Wohnungsunternehmens ProPotsdam zu vereinbaren, dass, bis zum Auslaufen der Gültigkeit der Eindämmungsverordnungen im Zusammenhang mit der SarsCov2- Pandemie keine weiteren Mieterhöhungen ohne Einzelprüfung zur Vermeidung von unbilligen Härten

wirksam werden. Hierbei hat der Mieter aktiv auf die ProPotsdam zur Überprüfung der Mieterhöhung zuzugehen.
Der Hauptausschuss soll am 09.06.2021 über den Sachstand informiert werden.

Berichterstattung im GSWI-Ausschuss am 05.10.2021.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 2 Ablehnung mehrheitlich angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Bestandsaufnahme zur Umsetzung des Integrationskonzeptes

Frau Grasnick erinnert daran, dass die Stadtverordnetenversammlung das Integrationskonzept 2016 - 2020 beschlossen hat. Mit Unterstützung einer Lenkungsgruppe soll in diesem Jahr eine Bestandsaufnahme zu dessen Umsetzung erfolgen. In den kommenden Monaten wird ein Bericht über den Entwicklungsstand zusammengestellt wird. Über den laufenden Prozess wird der GSWI-Ausschuss informiert.

zu 5.2 Bericht über die Winterhilfe für Obdachlose

Frau Fisch (Bereich Soziale Wohnhilfen) informiert, dass es im letzten Winter trotz des Kälteeinbruchs im Februar 2021 keine Kältetoten in der Landeshauptstadt Potsdam gab. Alle Bedürftigen haben ein Angebot erhalten und konnten untergebracht werden. Bis auf 6 – 10 Menschen, die auf Grund eigener Entscheidungen draußen schlafen wollten, konnte ein Großteil der Unterbringungsbedarfe gleich zu Beginn der Winterhilfe am 01.11.2020 gedeckt werden. Die Personen, die die Angebote nicht angenommen haben, wurden engmaschig durch die Sozialarbeiter und Mitarbeiter des Ordnungsamtes betreut und begleitet.

Frau Fisch verweist auf die gute Vernetzung zwischen Wohnhilfen, Streetworkern und Ordnungsamt.

Entgegen der Zielstellung des Wohnungsnotfallhilfekonzeptes von 2014 – kein weiterer Ausbau der Unterbringungskapazitäten für Wohnungslose - mussten die Kapazitäten in den letzten Jahren kontinuierlich aufgestockt werden, nicht nur im Winter.

In diesem Jahr wurden im Rahmen der Winterhilfe 100 Betten angemietet. Dieses Angebot wurde von insgesamt ca. 130 Personen angenommen. Die Versorgung in den Pensionen erfolgte einmal wöchentlich über die Potsdamer Tafel und in der kalten Jahreszeit durch Spenden eines Caterers sowie warmes Essen der Suppenküche mit Auslieferung.

In der Zeit der Winterhilfe wurden tägliche Öffnungszeiten von 9 bis 15 Uhr in der AG Unterbringung angeboten. Das gesamte Angebot wird von der Arbeitsgruppe selbständig organisiert und abgewickelt. In diesem Jahr sind die Mitarbeiter über Ihre Grenzen gegangen, um das Angebot aufrecht zu erhalten.

Die nächste Winterhilfe ist bereits in Vorbereitung. Es erfolgt eine vertragliche Bindung von Plätzen auf Grund der Nachfrage und der fehlenden Angebote.

Für das Anmieten der Plätze waren Mehraufwendungen nötig und werden auch für den nächsten Winter nötig sein. Außerhalb des Obdachlosenwohnheimes sind 30 Plätze ganzjährig notwendig. Frau Fisch bittet um Unterstützung für Haushaltsmittel im Haushalt 2022.

Herr Adler dankt Frau Fisch ausdrücklich für die geleistete Arbeit in diesem Bereich.

Auf Nachfrage erklärt Frau Fisch, dass ein Projekt für die Frauen mit 12 Plätzen schon länger geplant war. Die Frauen aus der Winterhilfe sind jetzt anderweitig betreut. Aber auch im nächsten Winter wird dies als Extraangebot wieder geprüft. Es kann noch nicht abschließend gesagt werden, ob über die 12 Plätze hinaus weitere Plätze benötigt werden.

Hierzu gibt es aktuell Gespräche mit dem Fachbereich Soziales und Inklusion.

Des Weiteren erklärt Frau Fisch auf Nachfrage, dass die Kapazität im letzten Winter fast alle erreicht werden konnten. Sie betont, dass, wenn die Obdachlosenunterkunft voll belegt ist, die Stadt die Pflicht der Unterbringung hat. Es erfolgt eine intensive Aufklärungsarbeit auch durch Flyer in verschiedenen Sprachen.

Herr Otto spricht die Menschen an, die das Angebot nicht angenommen haben, und fragt, ob dies mit der Pandemie zu tun hat.

Das wird von Frau Fisch verneint. Sie erklärt, dass es Personen gibt, die die Angebote grundsätzlich ablehnen und auf der Straße leben möchten.

Frau Schulze fragt mit Bezug auf die 12 Plätze ausschließlich für Frauen, ob diese Bestandteil der zusätzlichen Betten sind und wo die zusätzlichen Plätze angeboten werden. Des Weiteren bittet sie, bis zu den Haushaltsberatungen 2022 zu signalisieren, um welche Summe es sich handelt.

Frau Fisch erklärt, dass die 12 Plätze für Frauen nicht darin enthalten sind. Hier wird die Betreuung ausgeschrieben.

Für die zusätzlichen 30 Plätze muss jemand gefunden werden, der bereit ist, diese Personengruppe aufzunehmen. Sie betont, dass es nicht sehr viele Möglichkeiten gibt, diese Personengruppe gut unterzubringen.

zu 5.3 Berichterstattung zu den Vertragsverhandlungen zwischen LHP und Frühförderanbietern

Frau Kitzmann (Fachbereich Soziales und Inklusion) informiert, dass es in der Landeshauptstadt Potsdam drei Träger gibt, die sinnesspezifische und heilpädagogische Frühförderung als Leistung nach § 113 Abs. 2 Nr. 3 und § 79 SGB IX anbieten.

Folgende Träger bieten diese Leistungen an:

1. AWO Kinder- und Jugendhilfe Potsdam gGmbH
2. EJV gemeinnützige AG
3. Oberlinhaus gGmbH

Die Vertragsverhandlungen für Vertragszeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021 sind abgeschlossen. Herausforderungen werden in der Umsetzung der interdisziplinären Frühförderung sehr wahrscheinlich werden. Hier besteht aber ein enger Austausch zwischen der Landeshauptstadt Potsdam (Fachbereich Soziales und Inklusion sowie Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) und den Trägern der Frühförderung.

Als letzter Schritt erfolgen noch die Verhandlungen mit den Krankenkassen.

zu 5.4 Bericht zur Umsetzung des BTHG

Frau Kitzmann (Fachbereich Soziales und Inklusion) informiert über den Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Sie erläutert die Auswirkungen für alle Beteiligten und macht dabei deutlich, dass der Umwandlungsprozess mit einem hohen personellen Aufwand verbunden ist. Ein wichtiger Punkt ist die Sozialraumstärkung, bei der vorhandene Ressourcen genutzt und ausgebaut werden sollen. Anschließend schildert sie die Personalsituation in den Arbeitsgruppen „Teilhabe Kinder und Jugendliche“ und „Teilhabe Erwachsene“.

Frau Kitzmann weist darauf hin, dass die Reform ein „Langstreckenlauf“ ist und Synergieeffekte voraussichtlich erst in Jahren erkennbar sein werden.

Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift ausgereicht.

Frau Meier bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen, die unter den erschwerenden Bedingungen der Pandemie mit der Umsetzung des BTHG befasst sind.

zu 5.5 Information zu den Ausführungsbestimmungen zur Zweckentfremdungsverbotssatzung

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) teilt mit, dass mit dem Erscheinen des Amtsblattes in der kommenden Woche (29.04.2021) die Zweckentfremdungsverbotssatzung von Wohnraum in Kraft tritt und somit auch die Ausführungsbestimmungen.

Es erfolgt eine Klarstellungen, ab wann eine Zweckentfremdung erfolgt.

Für die Erledigung der Aufgaben wird eine entsprechende Stelle ausgeschrieben. Bisher wird dies von einem Mitarbeiter miterledigt.

Herr Eichert bittet darum, dass auch erfasst wird, welche Kosten die Satzung erzeugt und welche Auswirkungen diese hat. Er bittet ausdrücklich darum, gleich zu Beginn die Kosten zu erfassen um bewerten zu können, wie erfolgreich diese Arbeit war.

Dies wird durch Herrn Jekel zugesagt.

zu 6 Sonstiges

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 18. Mai 2021, 18:00 Uhr

Uwe Adler
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin



Umsetzung BTHG in der Landeshauptstadt Potsdam

BundesTeilHabeGesetz

Ziele



Stufe 3 BTHG SGB IX neu (Besonderer Teil)

- Umwandlung Wohnstätten
- Teilhabeleistungen, neue Begrifflichkeiten
- neue Vermögensschongrenzen / Einkommensgrenzen

- Anspruch auf Beratung und Begleitung
- Steuerung durch einen Träger – Leistungen wie aus einer Hand

- Integrierter Teilhabeplan (ITP) für alle

Auswirkung für alle Beteiligten

- Umwandlungsprozess mit hohem personellen Aufwand verbunden (für Anbieter, Angehörige, Betreuer und Kommune)
- Paradigmenwechsel – Umdenken bei allen Beteiligten
- Sozialraumstärkung (vorhandene Ressourcen nutzen und ausbauen)

- Lernendes Gesetz
- *erhoffte* Kostenneutralität

AG

Teilhabe Kinder und Jugendliche

- 8 Mitarbeitende (Fallmanagement und Sozialarbeit)
- 3 Mitarbeitende wirtschaftliche Hilfen
- Personalerweiterung in Umsetzung

- ca. 485 Klienten SGB IX, ca. 380 Klienten SGB VIII
- ca. 1.080 Leistungen

- Ausgaben SGB IX 2020 8,7 Mio. €

- Steigende Fallzahlen im SGB VIII (23 % seit 01/20)
Ausgaben 2019 – 4 Mio. €, 2020 – 5,45 Mio. €
 - Kein Fallanstieg durch BTHG im SGB IX

AG

Teilhabe Erwachsene

- 11 Mitarbeitende (Fallmanagement)
- 5 Mitarbeitende wirtschaftliche Hilfen

- ca. 1041 Klienten, 1615 Leistungen
- davon leben 379 Klienten in besonderen Wohnformen
- ca. 170 Anbieter von Leistungen

- Jahresausgaben 2020 ca. 28,2 Mio. € SGB IX, 1,2 Mio. SGB XII (GruSi / HLU in besonderen Wohnformen)
 - Geringer Fallanstieg durch BTHG im SGB IX

Herausforderung Pandemie



Aktuelle Themen in der Pandemie

- Hilfebedarfserfassung vor Ort und Durchführung des ITP
- Notbetreuung und Gegenfinanzierung / SodEG
- Modifizierte Leistungserbringung / Alternativen

- WBVG Bereinigung bis heute noch Thema
- Überlastung des Gesundheitsamtes
- Umsetzung wichtiger Schulungen für MA verzögert sich
- Umsetzung der Frühförderung als Komplexleistung

Fazit

- Reform ist ein Langstreckenlauf
- Synergieeffekte wahrscheinlich erst in Jahren erkennbar
- erhoffte Kostenreduktion eher fraglich

- Wichtige Themen: Musterverträge, einheitliche Standards / Informationen / Transparenz (überregional)

- Digitalisierung



Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit.



Potsdam, den 17.05.21

**Bericht des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam
im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration**

21. April 2021 *Die 17. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung des Migrantenbeirates
(digital)*

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration, in der Sitzung des Migrantenbeirates vom 21.04.2021 unter dem TOP „Bericht aus der AG zu Aktivitäten in der UN-Dekade für Menschen mit Afrikanischen Vorfahren“, haben die AG – Mitglieder sich mit den Aufgaben zu diesem Thema bis Ende der Wahl-Periode des MB beschäftigte. Dabei sollten konkrete Ziele für diese Arbeit der AG definiert sowie Themen und eine Zeitschiene festgelegt werden. Es geht um die Überwindung der Folgen der Kolonialgeschichte in Potsdam. Vorstellbar wäre, die Straßenumbenennung einzufordern. Es wird eine Zusammenarbeit mit der Gruppe „Postkolonial“ der Uni Potsdam und mit anderen interessierten Akteuren angestrebt.

**Vorbereitung einer Kunstaussstellung in der Potsdamer Interkulturellen Woche
2021**

Die Mitglieder des MB haben sich verständigt, dass sie diese Zusammenarbeit mit Künstlern mit Migrationshintergrund fortsetzen möchten. In der Potsdamer IKW 2021 sollte es erneut eine große Ausstellung unter dem Motto „HeimArt“ geben, wie schon im Jahr 2020. Auch hierbei wird eine Zusammenarbeit mit mehreren interessierten Gruppen und Organisationen angestrebt.

Teilnahme des Migrantenbeirates an der Sitzung des AG Asyl

Hier wurde zuletzt über die **Gebührensatzung für die Gemeinschaftsunterkünfte** beraten, die im Juni in die SVV eingebracht werden soll.

- Es soll künftig eine Staffelung der Gebührenhöhe nach nicht wohnungsähnlichen und wohnungsähnlichen GU/Nutzungswohnungen geben.



- Die vom MB gewünschte Abschaffung der Staffelung der Gebührenhöhe nach Aufenthaltsdauer sei nicht möglich und die aktuelle Situation bleibt leider erhalten, weil das Land dies so vorgibt.

(Das ist ärgerlich, weil die Leute ja zumeist keine Auszugserlaubnis haben und nichts dafür können, dass sie ein Jahr und länger in der GU leben müssen).

Die Verwaltung hat die Staffelung aber auf 4 Jahre angehoben, damit dieses Problem möglichst wenige betrifft.

- Ein weiteres Problem ist die oft verspätete Ausstellung der Gebührenbescheide. Zuletzt kamen Gebührenbescheide oft viele Monate rückwirkend und die Bewohner der GU's große Probleme mit der Erstattung hatten. Die Verwaltung betont zwar, dass das künftig wieder schneller passieren soll, aber wir haben uns dafür eingesetzt, eine Frist von 4 Wochen in die Satzung aufzunehmen. Unsere Frage an Sie, sehr geehrte Stadtverordnete, wäre, ob sie das übernehmen wollen?

AG Fachgespräche für integrative Wohnpolitik

Das erste Fachgespräch, zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wohnungsunterbringung, das auf Initiative u.a. des Migrantenbeirates zur Stande kam, war sehr erfolgreich und mit 35 Teilnehmenden auch gut besucht. Am 10.06.21 findet erneut per Zoom das nächste Fachgespräch statt. Diesmal geht es darum, wie mehr Wohnraum gefunden und in diesen vermittelt werden kann.

22. April 2021 Teilnahme des Migrantenbeirates an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Im Weiteren hat sich der MB mit dem Thema „Bleiberecht für schutzsuchende Frauen mit Kindern mit deutscher Staatsangehörigkeit“ beschäftigt. Die öffentlichen Proteste aus diesem Anlass waren auf der Straße ausgetragen worden.

Probleme von Flüchtlingen aus Syrien in der Einbürgerungsbehörde waren ebenfalls Thema im Migrantenbeirat.